

2164

Dienstag, 15. November 1949.

Fremdenverkehr und  
Abwertung.

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 15. November 1949.  
Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 15. November 1949.

Das Volkswirtschaftsdepartement unterbreitet den Entwurf zu einem Antwortschreiben an den Schweiz. Fremdenverkehrsverband. Im Zusammenhang mit den vom Schweiz. Hotelierverein und Schweiz. Fremdenverkehrsverband vorgeschlagenen Massnahmen zugunsten des Touristenverkehrs aus Grossbritannien hat der letztgenannte Verband mit Schreiben vom 18. Oktober 1949 eine neue Anregung unterbreitet, die jedoch gleich wie die früheren als nicht durchführbar erscheint. Nachdem den zwei obgenannten Verbänden auf ihre ersten Vorschläge vom Bundesrat am 24. Oktober 1949 geantwortet worden ist, scheint es angezeigt, dass auch auf die weitere Eingabe des Schweiz. Fremdenverkehrsverbandes vom Bundesrat aus geantwortet wird.

Im Einverständnis mit dem Finanz- und Zolldepartement wird der vorgelegte Entwurf genehmigt (s. Beilage).

An den schweiz. Fremdenverkehrsverband Bern durch die Bundeskanzlei.

Protokollauszug an die Bundeskanzlei zum Vollzug und an das Volkswirtschaftsdepartement zur Kenntnis.

Für getreuen Auszug,  
Der Protokollführer:

*Ch. O. K.*

Bern, den 15. November 1949.

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

an

den schweiz. Fremdenverkehrsverband,

B e r n .

Gurtengasse 6

Sehr geehrte Herren,

Mit einer Eingabe vom 18. Oktober 1949 unterbreiten Sie uns einen neuen Vorschlag für eine Massnahme zugunsten des Touristenverkehrs aus Grossbritannien im Winter 1949/50. Wir haben Ihre Anregung eingehend geprüft und möchten Ihnen hiezu unsere Stellungnahme bekanntgeben:

Eine Erhöhung der Individualquote für den englischen Reisenden ist, wie die neuesten Verhandlungen einmal mehr bewiesen haben, unmöglich. Wir haben die Meistbegünstigung, aber keinen Anspruch, dass Grossbritannien uns zu ungunsten der übrigen Reiseländer bevorzugt. Eine Aenderung der Individualzuteilung, unabhängig von der Art wie sie verwirklicht wird, bedingt eine Aenderung der Basic-travel-Gesetzgebung durch das britische Kabinett. Angesichts des Sparprogrammes Attlee haben alle derartigen Bestrebungen nicht die geringste Aussicht.

Eine Erhöhung des schweizerischen Holdings in London zum Zwecke der Erhöhung der Individualzuteilung oder des Globalplafonds ist ausgeschlossen. England hat dies in den letzten Verhandlungen in aller Form zurückgewiesen.

Eine allfällige Verwendung eines vermehrten Pfundholdings zu zusätzlichen Einkäufen ist undurchführbar. Wir haben noch für 20 Millionen Franken zusätzliche Einkäufe vorzunehmen. Uebrigens würden die Engländer auch hierzu ihre Zustimmung niemals geben.

Der Vorschlag, mehr Banknoten mitzunehmen zur Erhöhung der Individualzuteilung, ist von der Bank of England anlässlich der letzten Verhandlungen ebenfalls abgelehnt worden.

Diese Bemerkungen führen zum Schluss, dass es kein Mittel gibt, das geeignet wäre, von den Engländern eine Erhöhung der Individualzuteilung von 50 £ pro Reisenden zu erreichen. Kein noch so gut gemeinter Vorschlag wird die geringste Aussicht auf

./.

Verwirklichung besitzen. Es darf im übrigen nicht unerwähnt bleiben, dass ohne Abwertung des engl. Pfunds der Fremdenverkehr für den Winter 1949/50 seitens der Engländer wahrscheinlich ganz abgestoppt worden wäre. Durch die Abwertung ist wenigstens bewirkt worden, dass dem Wintertourismus eine Summe von 12 Millionen Franken seitens England zur Verfügung gestellt worden ist.

Abschliessend erlauben wir uns, Sie darauf hinzuweisen, dass Ihr Verband einen Delegierten in der Wirtschaftsdelegation für Grossbritannien besitzt. Damit besteht für Sie die Möglichkeit, jeglichen Vorschlag nicht nur zuhanden der schweizerischen Delegation machen zu können, sondern derartige Anregungen den Engländern anlässlich der Verhandlungen direkt vorzutragen. Unter diesen Umständen scheint es auch unzweckmässig, dass die verschiedenen Fremdenverkehrsverbände, die in Ihrer Organisation als Spitzenverband zusammengefasst sind, mit Einzeleingaben betreffend die Verhandlungen mit England an den Bundesrat gelangen. Eine Zusammenfassung der Begehren durch Ihren Delegierten würde der Abwicklung der Geschäfte ohne Zweifel förderlich sein.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

AUS AUFTRAG DES SCHWEIZ. BUNDESRATES,  
Der Bundeskanzler:

Leimgruber